

Ressort: Finanzen

Ökonomen warnen Bundesregierung vor "faulem Kompromiss" mit Athen

Berlin, 05.06.2015, 00:04 Uhr

GDN - Angesichts immer neuer Versuche zur Rettung Griechenlands warnen führende Ökonomen die Bundesregierung und die anderen europäischen Geldgeber vor Zugeständnissen und einem "faulen Kompromiss" mit Athen. Der Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther, sagte der "Bild-Zeitung": "Die Idee der Krisenpolitik - Hilfe als Gegenleistung für Reformen - darf nicht aufgegeben werden. Wenn Europa jetzt wackelt, bricht irgendwann auch der Rest zusammen."

Der Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, Christoph Schmidt, mahnte: "Die Geldgeber müssen in den Verhandlungen mit Griechenland hart bleiben, weil gut gemeint in diesem Fall leider nicht gut gemacht ist. Es ist inakzeptabel, dass die griechische Regierung aus rein ideologischen Gründen den bereits funktionierenden Reformpfad verlassen hat und nicht darauf zurückkehren will." Schmidt warnte, ein Nachgeben der Gläubiger wäre "auch für die europäische Integration insgesamt schädlich", weil eine Transferunion in den Geberländer keine breite Akzeptanz hätte. Auch der Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Clemens Fuest, warnte die Bundesregierung vor Zugeständnissen an Athen. "Die Regierung Tsipras wird sich auch an neu vereinbarte Reformauflagen nicht halten. Deshalb muss gelten: Dem schlechten Geld kein gutes Geld nachwerfen", sagte Tuest gegenüber "Bild". "Deutschland sollte über schon vergebene Kredite und die Konditionen verhandlungsbereit sein, aber keinesfalls neue Kredite vergeben." Der ZEW-Präsident forderte außerdem, die Europäische Zentralbank sollte aufhören, "Griechenland durch Missbrauch der ELA-Notkredite zu finanzieren". Der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, sprach sich gegenüber "Bild" für ein Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro aus. "Nur ein Austritt und eine Abwertung der Währung kann das Land wieder flott machen und weiteren Schaden für die europäische Integration vermeiden", erklärte Sinn. Griechenland habe insgesamt über 325 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln von der Staatengemeinschaft erhalten, was mehr als 180 Prozent der Wirtschaftsleistung entspreche. "Geholfen hat alles nichts, denn die Arbeitslosigkeit ist heute mehr als doppelt so hoch wie vor fünf Jahren, als die fiskalischen Hilfsprogramme begannen", erklärte Sinn. Der Wirtschaftsweisen Lars Feld warnte gegenüber "Bild", ohne Willen zu bereits festgelegten Reformen dürfe die griechische Regierung "keine weiteren Kredite erhalten". Scharf wandte sich Feld gegen eine erneute Umschuldung Griechenlands: "Unverschämtheit würde dann noch belohnt."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-55641/oekonomen-warnen-bundesregierung-vor-faulem-kompromiss-mit-athen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619